

NIEDERSCHRIFT StuB/033/2014

über die Sitzung des **Stadtentwicklungs- und Bauausschusses** am 15.05.2014 im Kultursaal **der Alten Landwirtschaftsschule**.

Vorsitzender:

Herr Hans-Joachim Dübbelde

Ausschussmitglieder:

Herr Karl-Heinz Brockamp

Herr Andreas Groll

Herr Ludger Kleideiter

Vertretung für Herrn
Bernhard Kortmann

Herr Bernd Kösters

Herr Thomas Schulze Temming

Herr Franz Becks

Herr Hans-Joachim Spengler

Herr Ralf Flüchter

Herr Dr. Rolf Sommer

Sachkundiger Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Herr Thomas Walbaum

Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NW:

Herr Helmut Knüwer

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks

Herr Gerd Mollenhauer

Frau Michaela Besecke

Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

20:10 Uhr

Herr Dübbelde stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Anregung des Herrn Maas vom 26. März 2014 sowie Sachstandsbericht zum Citymanagement

Herr Imorde, Geschäftsführer vom Netzwerk Innenstadt NRW, schildert

anhand von Beispielen aus Emsdetten, Greven und Vreden die Aufgaben eines Citymanagers.

Hinsichtlich der von Herrn Maas aufgeworfenen Frage, ob die Verwaltung Gründe für die Leerstände in der Innenstadt nennen könne, führt Herr Imorde aus, dass es nie nur einen Grund für Leerstände gebe, sondern immer eine Summe von vielen Faktoren, dazu führe, dass sich bestimmte Positionen des Einzelhandels nicht mehr rentieren. Die Geschäfte würden nicht schließen, weil sie „keinen Bock mehr hätten“, sondern weil es sich nicht mehr lohne und/oder es vielleicht keinen Nachfolger für das Geschäft gebe.

Auf Nachfrage von Herrn Kleideiter zu den Erfahrungswerten nach 5 Jahren Einsatz eines Citymanagers, führt Herr Imorde aus, dass nach 5 Jahren nur eine Zwischenbilanz gezogen werden könne, weil der Prozess in einer Stadt etwas zu verändern ein langwieriger sei. Außerdem gebe es psychologische Gründe. Wenn der Eindruck bestehe, dass es in einer Stadt „langsam den Bach herunter gehe“, dann werde sich kaum noch jemand dort niederlassen oder investieren wollen. Wenn aber in einer Stadt das Gefühl der Veränderung oder eine Aufbruchstimmung vorherrsche, dann seien auch wieder Investoren bereit etwas zu versuchen. Zur weiteren Frage von Herrn Kleideiter, ob es eine Schnittmenge an Gründen für Leerstände gebe, nennt Herr Imorde allgemeine Rahmenbedingungen, wie z. B. der Internethandel oder ein geändertes Einkaufsverhalten. Die Kunden seien nicht mehr treu an eine Marke gebunden, sondern erledigten ihren Wocheneinkauf mal hier und mal dort. Deshalb müsse versucht werden, die Aufenthaltsqualität in den Innenstädten zu verbessern. In vielen Fußgängerzonen gebe es z. B. keine Sitzmöglichkeiten. Andererseits könne natürlich kein Immobilieneigentümer verpflichtet werden, sein Ladenlokal entsprechend zu vermieten.

Herr Walbaum kommt auf die Aussage des Herrn Imorde zurück, dass die Belebung der Innenstadt auch mit Psychologie zu tun habe und führt an, dass doch nicht allein durch einen Citymanager eine positive Grundhaltung geschaffen werden könne.

Herr Imorde räumt ein, dass diese Einstellung selbstverständlich nicht von allein komme und eingehende Analysen und ein enger Austausch mit Investoren und Immobilienbesitzern erforderlich sei.

Herr Becks macht deutlich, dass die SPD-Fraktion den Einsatz eines Citymanagers immer sehr kritisch gesehen habe. Herr Imorde habe einen Citymanager als Messias beschrieben. Er glaube aber nicht an einen Messias. Ein Außenstehender kenne die Strukturen in Billerbeck nicht. Nach seinem Verständnis habe ein Citymanagement aus der Verwaltung heraus stattzufinden. Der Aussage von Herrn Imorde, dass es sich um einen Fulltimejob handele, stehe er ebenfalls skeptisch gegenüber.

Herr Imorde antwortet, dass ein Citymanager nicht allein eine Stadt umkrepeln könne, selbstverständlich sei auch die Verwaltung wichtig. Er gebe aber zu bedenken, dass die Chance bestehe, einen nicht unerheblich vom Land geförderten Citymanager einzusetzen. Aus Erfahrung wis-

se er, dass ein Citymanagement nicht neben dem laufenden Geschäft einer kleinen Verwaltung nebenher erledigt werden könne.

Einen Citymanager zu bekommen, heiße auch Expertenwissen einzukaufen, so Herr Dr. Sommer. Da er nicht glaube, dass die Verwaltung über dieses Expertenwissen verfüge, sollte dieses Expertenwissen eingeholt werden.

Herr Flüchter ergänzt, dass sich ein Citymanager auf jeden Fall lohne und nichts unversucht bleiben sollte. Aber den Ideen müsse auch ein Konzept zugrunde liegen, ggf. müsse man auch über einen geordneten Rückzug an bestimmten Stellen und evtl. Verbesserungen in anderen Bereichen nachdenken.

2. Städtebauliches Entwicklungskonzept der Stadt Billerbeck und weitere Umsetzung des Konzeptes hier: Ergänzung des Konzeptes um den Übergangsbereich Rathausparkplatz/Edekaparkplatz

Herr Dübbelde wirft die Frage auf, wer die geschätzten Kosten für die Umbaumaßnahmen in Höhe von 500.000,-- € tragen solle.

Herr Flüchter merkt an, dass die gleiche Frage auch in seiner Fraktion aufgekommen sei. Es stelle sich die Frage, wie hoch die Möglichkeit der finanziellen Beteiligung eines Investors und wie hoch der Eigenanteil der Stadt sein könne. Schließlich gebe es ja keine Garantie, dass der Drogeriemarkt über Jahre dort bestehen bleibe.

Frau Dirks teilt bzgl. der Garantie mit, dass das Geld nicht in die Hand genommen werde, bevor nicht die Zusage eines Drogeriemarktes vorliege. Des Weiteren habe die Bezirksregierung mitgeteilt, dass die zusätzlichen Maßnahmen förderfähig seien. Genaue Kostenangaben seien derzeit noch nicht möglich, da es bisher nur eine Grobplanung gebe.

Herr Dübbelde meint, dass doch im Vorfeld die finanzielle Beteiligung des Drogeriemarktbetreibers festgeschrieben werden müsse.

Herr Mollenhauer erläutert, dass zurzeit eine Machbarkeitsstudie erarbeitet werde. Er hoffe, nach den Sommerferien ein abgestimmtes Konzept vorlegen zu können. Im Rahmen der Entwurfsplanung könnten dann auch die Kosten näher beziffert werden. Dabei sei zu bedenken, dass Grundstücke erworben und die Trafostation verlegt werden müsse.

Herr Becks führt an, dass die Grundsatzbeschlüsse zur Förderung der Innenstadt doch gefasst seien und es heute um die Fortschreibung des Entwicklungskonzeptes gehe. Wenn die Pläne auf dem Tisch liegen, müsse man weiter sehen.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die Fortschreibung des Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes um die Umgestaltung des Übergangsbereiches zwischen dem Rathaus-Parkplatz und dem Edeka-Parkplatz wird beschlossen.

Stimmabgabe: einstimmig

3. **Außenbereichssatzung "Thumann`s Mühle"**

hier: Ergebnis der Offenlage und Satzungsbeschluss

Auf Nachfrage von Herrn Schulze Temming beantwortet Frau Besecke Fragen zu den Auswirkungen der Satzung auf die Gaststätte und Reithalle.

Auch Herr Dr. Sommer befürchtet durch die Außenbereichssatzung Einschränkungen für die Gaststätte.

Frau Besecke erläutert, dass im Rahmen von Bauanträgen nicht nur die planungsrechtliche Zulässigkeit, sondern auch die sonstige Rechtmäßigkeit, also auch der Immissionsschutz geprüft werde.

Beschlussvorschlag für den Rat:

1. Die Bedenken des Eigentümers der Gaststätte werden wie im Sachverhalt beschrieben zurückgewiesen.
2. Die Hinweise des Kreises Coesfeld, des Landesbetriebes Straßen.NRW und des Landschaftsverbandes werden auf Ebene der Baugenehmigungsverfahren berücksichtigt.
3. Der Rat der Stadt Billerbeck beschließt aufgrund des § 35 Abs. 6 BauGB in Verbindung mit § 13 BauGB und des § 10 Abs. 1 BauGB sowie der §§ 7 und 41 GO NRW unter Abwägung aller öffentlichen und privaten Belange nach § 1 Abs. 7 BauGB die Außenbereichssatzung „Thumann`s Mühle“.
4. Gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ist ortsüblich bekannt zu machen, dass die Außenbereichssatzung „Thumann`s Mühle“ beschlossen worden ist.

Rechtsgrundlagen sind:

- Das Baugesetzbuch (BauGB) in der Neufassung vom 23. September 2004 (BGBl I S. 2414) in der zurzeit geltenden Fassung
- Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666/SGV NRW 2023) in der zurzeit geltenden Fassung

Stimmabgabe: einstimmig

4. **Neubau eines Schweinemaststalles in Hamern**

hier: Erweiterung der Tierplatzzahlen um 85 Sauen und 598 Mastschweine

Frau Besecke teilt mit, dass die Stellungnahme der Landwirtschaftskammer inzwischen vorliege. Demnach sei der Neubau des Schweinemaststalles gewerblich und die übrigen Vorhaben landwirtschaftlich. Bei den Erschließungsmaßnahmen sei nachgebessert worden. Planungsrechtlich seien die Vorhaben zulässig.

Herr Flüchter erklärt, dass die Grünen aus den bekannten Gründen gegen gewerbliche Tierhaltung seien.

Herr Spengler macht ebenfalls seine Ablehnung deutlich und erklärt, dass er nicht zustimmen werde.

Herr Schulze Temming gibt zu bedenken, dass hier ein seit Generationen ansässiger Billerbecker Familienbetrieb maßvoll erweitern wolle. Lt. Aussage der Verwaltung sei das Vorhaben genehmigungsfähig. Es bringe nichts, das Einvernehmen zu versagen, weil es ersetzt würde.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Nach Ergänzung der Angaben zur Erschließung wird zu dem Vorhaben das gemeindliche Einvernehmen erteilt. Die vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen und Angaben zur äußeren Gestaltung sind dabei wesentlicher Bestandteil des Antrages.

Stimmabgabe: 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen

**5. Neubau eines Schweinemaststalles in Alstätte
hier: Erweiterung der Tierplatzzahlen um 832 Tiere**

Frau Besecke teilt mit, dass es sich lt. Stellungnahme der Landwirtschaftskammer um ein landwirtschaftliches Vorhaben handele und damit planungsrechtlich zulässig sei.

Herr Flüchter findet es befremdlich, dass der Betrieb erst eine landwirtschaftliche und dann eine gewerbliche Erweiterung vorgenommen habe und es sich jetzt wieder um ein landwirtschaftliches Vorhaben handele. Die Grünen seien in ihrer Meinung zu dem Neubau gespalten.

Herrn Knüwer stört die Nähe zur Landstraße, weil der Stall ortsbildprägend sein wird.

Herr Spengler spricht sich gegen das Vorhaben aus, zumal es sich um Landschaftsschutzgebiet handele.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Zu dem Vorhaben wird das gemeindliche Einvernehmen erteilt. Die vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen und Angaben zur äußeren Gestaltung sind dabei wesentlicher Bestandteil des Antrages.

Stimmabgabe: 6 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

**6. 39. Änderung des Flächennutzungsplanes - Baugebiet Austenkamp -
sowie Aufstellung eines Bebauungsplanes zur Ausweisung eines
neuen Baugebietes**

Frau Besecke stellt das Plankonzept vor.

Herr Becks begrüßt die wohnbauliche Entwicklung in kleinen Einheiten.

Hier stehe eine geeignete Fläche zur Verfügung. Er fragt nach, ob dem Wunsch eines Anliegers auf Erwerb eines Grundstücksstreifens entsprochen werden könne.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass dies im Rahmen der Planung geprüft werde.

Herr Flüchter erkundigt sich nach den Vergabekriterien.
Herr Mollenhauer teilt mit, dass die Verwaltung ab morgen Vormerkungen für die Grundstücke entgegen nehme. Nach den Sommerferien solle dann über die Vergabekriterien beraten werden.

Lt. Herrn Brockamp handele es sich um eine kleine aber auch natürliche Ergänzung des Wohngebietes, die er zu 100% begrüße.

Herr Knüwer schließt sich dem an.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Mit dem Plankonzept wird eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) und eine frühzeitige Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt

Stimmabgabe: einstimmig

7. 1. Änderung des Bebauungsplanes "Hörster Straße"
hier: Durchführung einer frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Frau Besecke stellt die geänderte Planung vor.

Herr Dr. Sommer begrüßt die geplante frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung. Nach seiner Meinung sei der Baukörper viel zu brachial und voluminös. Diese Art der Verdichtung sei arg übertrieben.

Herr Flüchter führt aus, dass die Unzufriedenheit der Anlieger bereits jetzt deutlich sei und sich in der Öffentlichkeitsbeteiligung widerspiegeln werde. Er hätte sich gewünscht, dass die Dimension des Baukörpers reduziert worden wäre. In der Begründung zum Bebauungsplan werde der Bereich als klein strukturiertes Gebiet mit Drubbelbebauung beschrieben. Dem werde die Planung in keiner Weise gerecht.

Herr Brockamp erhofft sich von der Öffentlichkeitsbeteiligung neue Erkenntnisse. Mit dem heutigen Beschluss werde noch nichts festgezurr.

Herr Knüwer stellt fest, dass sich an der Form des Gebäudes im Grunde nichts geändert habe. Das Gebäude sei lediglich weiter an die Straße gerückt. Da sich die Anlieger komplett gegen die Planung stellten, sehe er nicht ein, warum hier überhaupt noch über das Vorhaben diskutiert werden soll.

Herr Walbaum ist dagegen der Meinung, dass mit Beteiligung der Öffentlichkeit schon weiter hierüber geredet werden sollte. Im Übrigen erinnere er an seinen Hinweis, das Vorhaben dreidimensional darzustellen.

Frau Besecke erläutert, dass hierauf verzichtet worden sei, weil man sich das Vorhaben am besten vor Ort aus Sicht der Gärten an der Hörsterstraße vorstellen könne.

Herr Dr. Sommer vermisst bei den Gebäudeansichten die Ost-Ansicht und erkundigt sich, ob es hierfür einen speziellen Grund gebe.

Frau Besecke geht davon aus, dass die Ost-Ansicht genau wie die West-Ansicht aussehe.

Herr Becks ist ebenfalls der Meinung, dass sich an dem voluminösen Baukörper nichts geändert habe. Er erkundigt sich, wie mit der Bürgeranregung in dieser Sache umgegangen werde, über die der Rat nächste Woche zu befinden habe.

Frau Besecke erläutert, dass die Bürgeranregung beinhalte, die Bebauungsplanänderung nicht weiter zu betreiben. Der Rat habe zu entscheiden, ob dem Antrag gefolgt werde oder nicht.

Herr Knüwer weist darauf hin, dass der Ausschuss schon deutlich gemacht habe, dass das Gebäude in der Größenordnung nicht weiter verfolgt werden soll und fragt nach, ob mit dem Eigentümer daraufhin Gespräche geführt worden seien, um evtl. einen Konsens zu finden.

Frau Besecke führt aus, dass der Bebauungsplan aus zwei Gründen geändert werden soll, und zwar gehe es um die Anzahl der Wohneinheiten und das Maß der baulichen Nutzung. Die Begrenzung der Menge der Wohneinheiten für dieses Gebäude sei nicht gesondert begründet. Man könnte auch darüber nachdenken, das Maß der baulichen Nutzung unangetastet zu lassen und nur die Begrenzung der Wohneinheiten aufheben. Hierüber solle mit den Bürgern diskutiert werden.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Im Verfahren zur 1. Änderung des Bebauungsplanes „Hörster Straße“ wird eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt.

Stimmabgabe: einstimmig

8. 5. Änderung des Bebauungsplanes "Sanierungsgebiet II Nordteil" hier: Aufstellungsbeschluss und Durchführung der Beteiligungsverfahren

Herr Brockamp erklärt sich für befangen. Er begibt sich in den Zuschauerraum und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Der Ausschuss schließt sich dem Beschlussvorschlag der Verwaltung an und fasst folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

1. Für das Plangebiet, welches einen Teil des Bebauungsplangebietes „Sanierungsgebiet II Nordteil“ umfasst, wird die Aufstellung der 5. Änderung des Bebauungsplanes „Sanierungsgebiet II Nordteil“ beschlossen. Der Änderungsbereich umfasst das Grundstück Gemarkung Billerbeck-Stadt, Flur 2, Flurstück 410.
2. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.
3. Die Änderung wird im beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB) durchgeführt. Nach § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB wird in Verbindung mit § 13 Abs. 3 BauGB auf die Umweltprüfung und den Umweltbericht verzichtet.
4. Auf eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB wird gem. § 13a Abs. 2 Nr. 1 in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB verzichtet.
5. Der Entwurf der 5. Änderung des Bebauungsplanes „Sanierungsgebiet II Nordteil“ und der Entwurf der Begründung werden gebilligt.
6. Nach § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 BauGB wird die Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB durchgeführt und die berührten Träger öffentlicher Belange werden nach § 4 Abs. 2 BauGB beteiligt.

Stimmabgabe: einstimmig

9. 6. Änderung des Bebauungsplanes "Sanierungsgebiet II Nordteil" hier: Vorstellung eines Plankonzeptes

Herr Brockamp erklärt sich für befangen. Er begibt sich in den Zuschauerraum und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Frau Besecke erläutert das Vorhaben und geht auf die Festsetzungen des Bebauungsplanes ein.

Herr Becks meint, dass die geplanten Gebäude dort hin passen.

Herr Knüwer bezeichnet die Planung als gelungen. Ihn störe nur, dass die Fläche ziemlich stark überbaut werde.

Frau Besecke weist darauf hin, dass es sich um ein Misch-Kerngebiet handle und aufgrund der Grundflächenzahl eine noch höhere Überbauung zulässig wäre.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Entwurf zur Bebauungsplanänderung zu erarbeiten und mit dem Grundstückseigentümer einen städtebaulichen Vertrag zur Übernahme der Planungskosten zu schließen.

Stimmabgabe: einstimmig

10. 4. Änderung des Bebauungsplanes "Wendelskamp"

hier: Änderung der festgesetzten Geschossigkeit

Nach kurzer Erörterung schließt sich der Ausschuss dem Beschlussvorschlag der Verwaltung an und fasst folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Entwurf zur Bebauungsplanänderung zu erarbeiten und mit der Grundstückseigentümerin einen städtebaulichen Vertrag zur Übernahme der Planungskosten zu schließen.

Stimmabgabe: einstimmig

11. Mitteilungen

11.1. Bereisung durch den Landesbetrieb - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer teilt zu einer Nachfrage von Herrn Kösters zur Bereisung der Radwege durch den Landesbetrieb mit, dass die Radwege überwiegend abgenommen wurden und lediglich kleine Nachbesserungen vorgenommen werden müssen. Die Gefahren durch die Versätze würden durch entsprechende Warnbaken entschärft, diese seien bestellt.

11.2. Bank auf dem Friedhof/Regenrückhaltebecken - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer bezieht sich auf Hinweise von Herrn Dübbelde auf eine schadhafte Bank und teilt mit, dass sie inzwischen erneuert wurde.

11.3. Bahnhofsuhr - Her Mollenhauer

Herr Mollenhauer teilt zu verschiedenen Anfragen von Herrn Becks mit, dass inzwischen eine neue Bahnhofsuhr installiert wurde.

12. Anfragen

12.1. Gebühren für standesamtliche Trauungen in der Kolvenburg - Herr Walbaum

Herr Walbaum erinnert an seine Anfrage bzgl. der Übernahme der Kosten für standesamtliche Trauungen in der Kolvenburg durch die Stadt.

Frau Dirks erklärt, dass sie die Anfrage noch nicht abschließend beantworten könne, da noch Fragen geklärt werden müssten.

12.2. Grundstücksanschlussleitungen Johannisstraße - Herr Brockamp u. a.

Herr Brockamp führt an, dass es bei mehreren Grundstückseigentümern an der Johannisstraße wegen der Sanierung ihrer Grundstücksanschlussleitungen zu Irritationen gekommen sein soll, weil sie durch den Abwasserbetrieb vor vollendete Tatsachen gestellt worden seien. Er fragt nach, wie hier weiter vorgegangen werde.

Frau Dirks teilt mit, dass ihr der Vorgang seit gestern bekannt sei. Die Frage müsse Herr Hein im Betriebsausschuss oder im Rat beantworten.

Herr Brockamp wirft ein, dass die Zeit dränge, weil die Arbeiten schon bald fertiggestellt seien. Herr Hein müsse sich mit den Anwohnern zusammensetzen und weil die Vorwürfe sehr massiv seien, sollte evtl. ein Moderator hinzugezogen werden.

Herr Knüwer appelliert an die Verwaltung, dass dort nicht weiter gebaut werden dürfe, bevor mit den Anliegern gesprochen wurde.

Herr Kleideiter möchte eine präzisere Antwort der Bürgermeisterin zur Anfrage von Herrn Brockamp.

Frau Dirks wiederholt, dass sie die Sachlage erst seit gestern kenne und die Problematik mit dem Betriebsleiter klären werde.

Herr Spengler bittet die Bürgermeisterin sicherzustellen, dass alle Anwohner eine schriftliche Information seitens des Abwasserbetriebes bekommen.

12.3. Ausweisung von Spielstraßen - Herr Brockamp

Herr Brockamp fragt nach, ob die Möglichkeit bestehe z. B. die Anhalter Straße, Mecklenburger Straße oder Sachsenstraße als Spielstraßen auszuweisen. Dort wohnten mittlerweile viele junge Familien mit kleinen Kindern.

Herr Mollenhauer rät hiervon aufgrund der negativen Erfahrungen mit der Ausweisung von Spielstraßen, insbesondere im Bereich Oberlau ab. Damals sei Konsens gewesen, dass keine Spielstraßen mehr ausgewiesen werden sollen.

12.4. Brückenbaustelle an der L 506 - Herr Schulze Temming

Herr Schulze Temming führt an, dass die Stadt darauf gedrängt haben soll, dass die Baustellenampel bereits Ostersonntag in Betrieb genommen werde, obwohl die Bauarbeiten erst nach Ostern beginnen sollten. Die Gaststättenbetreiberin sei hierüber nicht erfreut gewesen. Frau Dirks weist darauf hin, dass die Stadt nicht zuständig sei. Die Anordnung treffe die Straßenverkehrsbehörde.

Herr Mollenhauer teilt bei dieser Gelegenheit zu einer Anfrage von Frau Schulze Wierling im Bezirksausschuss zur Anlegung des Radweges mit, dass der Radweg über ein Hochbord über die Brücke geführt werde. Die Baumaßnahme solle in 6 Wochen abgeschlossen sein.

12.5. Hohe Aa-Brücke - Herr Flüchter

Herr Flüchter fragt nach, ob es bzgl. der Hohen Aa-Brücke schon neue Informationen gebe. Im Ausschuss für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten sei angesprochen worden, dass die Brücke evtl. erneuert werden soll.

Herr Mollenhauer berichtet, dass der Kreis eine neue Brücke an anderer Stelle plane. Die jetzige Brücke entspreche lt. Auskunft des Kreises nicht mehr den heutigen Anforderungen, der Aufwand für eine Sanierung sei immens. Die Auffassung, dass die Brücke erhaltenswert sei, teile der Kreis nicht. Die Brücke sei gar nicht so alt und es handle sich auch nicht um eine gemauerte Bogenbrücke, sondern um eine Betonbogen-Brücke. Der Kreis habe angeboten, das in der Stirnwand untergebrachte Wappen in der Nähe der neuen Brücke unterzubringen.

Herr Schulze Temming bittet darum, rechtzeitig mit dem Kreis über den Verbleib des Wappens zu reden.

12.6. Ölunfall im Bereich des ehem. Landhandels Scheipers - Herr Dübbelde

Herr Dübbelde fragt nach, ob es im Bereich des ehem. Landhandels Scheipers einen Ölunfall gegeben habe.

Das wird von Herrn Mollenhauer bestätigt. Das Pflaster werde ausgetauscht.